

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Strabenzellen!
Kampfkongress
gegen Faschismus
vom 12. und 13. Januar

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresden, Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Schützengasse 10
Erscheinungsort: Dresden, Schützengasse 10
Erscheinungszeit: Montag 16-18 Uhr allg. Ausgabe, Mittwoch 17-18 Uhr
Erscheinungsort: Dresden, Schützengasse 10

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 24. Dezember 1930 Nummer 299

Nicht Frieden, sondern Klassenkampf statt Weihnachtsillusionen!

Der kapitalistische Bankrott in Dresdner Betrieben / 4-Millionen-Armee der Hungernden in Deutschland / Polizei-Präsidium und Volkszeitung gegen Erwerbslose / Hungerdemonstration 17 Uhr auf dem Sternplatz

Dresden, den 24. Dezember.
Während im Zentrum der Stadt, in den Schimmerlöchern und Bars die herrschende Klasse ihre hohen Gehälter und Dividenden verprägt und in den Kaufhäusern nach Herzenslust ihre Weihnachtseinkäufe besorgen, macht sich in den Arbeiterquartieren Not und Elend von Woche zu Woche breiter. Tausende von Arbeiterhaushaltungen werden durch die Herabsetzung und Streichung der täglichen Erwerbslofenunterstützung und durch immer weitere Betriebsstillegungen, durch immer neue Diktaturverweise auf das katastrophale Elend und in undurchsichtliches Gewand getrieben. Die Unternehmer verstanden vorzüglich, alle Kräfte auf das Proletariat abzumähen und durch neue Kapitalverwertungsmethoden ihre Profite unendlich zu steigern. Selbst in der reformistischen Presse werden die Kriensprofile der Kapitalisten nachgewiesen. So veröffentlicht der „Tagelaborer“ eine Uebersicht über die Abschlässe, wonach die Dividendensumme von 107 Betrieben 111,5 Millionen gegenüber der von 110 Betrieben im Vorjahr von 106,5 Millionen aufwies. 3 Betriebe weniger aber 5 Millionen Mark Profit mehr. Die Durchschnittsdividende steigerte sich von 7,48 auf 7,82 Prozent.

So lebt die Bourgeoisie. Sie will behaglich und in Ruhe diese Reichtümer verpröhen. „Friede auf Erden“ ist ihre Forderung, nicht beim Weihnachtsgeschenke. Das Polizei-Präsidium warnt:

„... für den Weihnachtshettagabend 17 Uhr zu Straßensammlungen auf. Das Polizei-Präsidium richtet an den ordnungsliebenden Teil der Dresdner Einwohnerschaft das dringende Ersuchen, sich im eigenen Interesse von Zusammenkünften und Aufmärschen fernzuhalten.“

Wie gelagt, die Bourgeoisie will ihre Ruhe. Sie will nicht den Hungermärsch der rund 60.000 Erwerbslosen. Die SPD-Führer haben volles Verständnis. Sie, mit ihren Kriens-einkommen haben dieselbe Interesse wie die Bourgeoisie. Deswegen ruft die SPD Groß-Dresden ihre Mitglieder auf und lagt, genau wie das Polizei-Präsidium:

„Politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wissen, daß mit Hungermärschen die Not der Zeit nicht gemildert werden kann. Sie bleiben daher den Hungermärschen fern. Die Verantwortung für alle Folgen am 24. Dezember hat die Kommunistische Partei zu tragen.“

Sie fordert also indirekt die Polizei auf, rücksichtslos gegen die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft vorzugehen. Wie ungeheuer die Not der Erwerbslosen ist, kommt in der „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 51/52 zum Ausdruck. Da muß selbst Rum-mer erklären:

„Wenn auch die unorganisierten Demonstrationen und sogenannten Hungermärsche verurteilt werden müssen, so läßt sich aber nicht leugnen, daß den armen Opfern der Wirtschaftskrisis nicht verwehrt werden kann, ihr Recht auf Leben geltend zu machen.“

Das schreiben die Boten des DAW natürlich, um die Arbeiter zu beruhigen, die Empörung über den Verrat der Bürokratie einzudämmen. Die Arbeiter haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihre Forderungen geltend zu machen, und zwar so, wie sie für die Arbeiter zureichend sind, zu dem Zeitpunkt, wo sie wirksam sind. Die Arbeiter marschieren deshalb gegen den Hunger auf und sammeln ihre Kräfte.

Siege Beispiele aus Dresden mögen illustrieren, wie notwendig die Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen den mörderischen Kapitalismus ist.

Die Entwicklung im Vorort Striesen mit seinen weit über 8000 Erwerbslosen ist charakteristisch für den Bankrott des kapitalistischen Systems. Noch vor einem Jahr beschäftigte die Zigaretten-Maschinenfabrik „United“ mehr als 500 Arbeiter. Durch den Verkauf der Aktien ging dieser Betrieb ebenso wie die Zigaretten-Maschinenfabrik „Universelle“ in den Machtbereich des Reemtsma-Konzerns über. Die Folge dieser Konzentration war die Entlassung sämtlicher Arbeiter der United. Durch die Ausschaltung dieses Betriebes und verschärfte Ausbeutung der Belegschaft Universelle hat der Konzern die Möglichkeit, billiger und rationeller zu produzieren. Der Metallbetrieb „Stehhammer“, Wartburgstraße, mit einer Belegschaft von 75 Mann hat ebenfalls seine Tore geschlossen. Nur ein kleiner Teil Arbeiter ist nach dem Werk Eisterwerda übernommen, wo in vierwöchiger Arbeitszeit sämtliche Aufträge der Firma erledigt werden. Bevor die Firma den Betrieb schloß, wurden aus dem Rheinland 10 Meister und Vorarbeiter eingestellt zu dem Zweck, durch schärfste Kalkulation die Affordabilität herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen durch weitere Antriebe erheblich zu verschlechtern. Auch die Kartonnagenfabrik „Dehner“, Bärensteiner Straße, und die Dresdner Endlagerei-Fabrik, Schönbauer Straße, sind dem kapitalistischen System zum Opfer gefallen. Die Firma Bergmann hat diese

beiden Fabriken aufgekauft und sie durch ihre modernen Maschinenanlagen völlig an die Wand gedrückt. Die alten Fabrikräume dienen zum Teil als Lager der Tabakindustrie. Ebenso verhängnisvoll wirkt sich die Krise für die Belegschaft der Koch- und Heizapparatefabrik Barthel aus. Infolge Fertigstellung des mit den neuesten Maschinen ausgestatteten Neubaus ist die Belegschaftszahl von 600 auf 230 gesenkt, und die noch beschäftigten Arbeiter arbeiten 3 Tage. Die Lebenslage dieser noch beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist ebenso miserabel wie die der Entlassenen, denn die Mehrzahl der Kurzarbeiter muß mit einem Lohn von 12 bis 15 Mark ihr Dasein fristen. Die Firma kündigte auch einen großen Teil der Angestellten und läßt bei 3 Meistern das Angestelltenverhältnis und die damit verbundenen Vergünstigungen. Somit werden auch die sogenannten gehobenen Arbeiter in den Strudel der kapitalistischen Krise hineingezogen. Welt über 200 Entlassungen erfolgten in den letzten Monaten in der Thagae. Der

Rest der Belegschaft, vorwiegend Jugendliche, die einer rücksichtslosen Affordabilität ausgesetzt sind, arbeiten 2 bzw. 4 Tage. In den Ernemann-Jca-Werken ist seit dem Zusammenbruch im Jca-Konzern die unerhörteste Antrieberei, Terror und Lohnreduzierung festzustellen. Die Affordabilität wurden in den letzten Jahren um 30 Prozent herabgedrückt. Infolgedessen konnte der Konzern beim letzten Jahresabschluss 12 Prozent Dividende verteilen. Wie zum Hohn hat die Betriebsleitung beschlossen, für Arbeiter, die 25 und mehr Jahre bei der Firma abgerodert haben, — Gedenkmedaillen zu verteilen. Besonders aggressiv ist der Terror gegen revolutionäre Arbeiter in diesem Betrieb. Der Versuch oppositioneller Versammlungen, ja selbst die Benutzung der „Arbeiterstimme“ als Frühstückspapier gilt als „Entlassungsgrund“. Trotz dieser Zustände und des bevorstehenden Lohnraubs der Metallindustriellen unternimmt der reformistische Betriebsrat nichts, um die Belegschaft zum Widerstand zu mobilisieren. Der Betriebsrats-

Macht jeden Metallbetrieb streiffertig!

Industriegruppenleitung Metall erklärt: Der Kampf der Metallarbeiter ist der Kampf aller Arbeiter!

Entscheidende Stunden stehen den sächsischen Metallarbeitern bevor. Am Montag den 23. Dezember soll den Metallarbeitern der Lohnraub diktiert werden.
Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie trifft schon jetzt alle Vorbereitungen, um die im Entschlossenen begriffene, einheitliche, geschlossene Kampfkraft der Metallarbeiter zu verhindern. Kein Mittel scheuen die Bürokraten in ihrem Kampf gegen die KRG. Vöge, Verleumdung wenden sie an, um die Metallproleten vom Weg zur KRG abzuhalten.
Doch gebieterisch steht jetzt die Frage vor den sächsischen Metallarbeitern:
Kämpfen oder still verreden!
So wie die Berliner Metallarbeiter im Oktober geschlossen unter der Führung der KRG den Kampf gegen die Lohnrauberei aufgenommen, müssen auch die Metallarbeiter Sachsens

einheitslich und geschlossen in den Streit gegen den Pfennig Lohnraub treten.
Die Industriegruppenleitung Metall der KRG appelliert an die Belegschaften der sächsischen Metallbetriebe, keine Stunde ungenutzt zu lassen, sondern alle Kräfte einzusetzen, um die Metallbetriebe zum Angriff auf das Unternehmertum, zur Abwehr des Lohnraubs streiffertig zu machen.
Metallarbeiter, beruft sofort Belegschaftsversammlungen ein!
Beschießt, daß die Vertreter der KRG zu euch sprechen!
Wählt Kampfleitungen! Bildet Stohbrigaden!
Schließt euch zusammen zu einer einheitlichen, geschlossenen Front und nehmt unter Führung der KRG den Kampf gegen die Lohnrauberei auf.
Industriegruppenleitung Metall der KRG

Belagerungszustand gegen Hunger

Die Hungerdemonstrationen in vielen Städten der faschistischen Republik verboten

Berlin, 24. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)
Zu dem schon bisher über verschiedene Städte verhängten kleinen Belagerungszustand gesellen sich noch München, Marienburg, Kottbus und der ganze Regierungsbezirk Merseburg. Verboten sind für die Zeit vom 24. bis 26. Dezember Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel verboten. In allen Fällen werden diese Maßnahmen mit kommunistischen Demonstrationen begründet, deren Durchführung durch stärksten Einsatz von Polizei verhindert werden soll.
Der Polizeipräsident von Kiel hat sämtliche Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für die Zeit vom 24. bis einschli. 26. Dezember verboten. In der Begründung wird erklärt, daß sich das Verbot gegen die von den Kommunisten angeführten Demonstrationen richtet.

Erhöhte Polizeibereitschaft in Berlin

Berlin, 24. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)
Wie die Berliner Presse meldet, befindet sich in den sogenannten Weihnachtstagen die Berliner Schutzpolizei in erhöhter Alarmbereitschaft, weil von kommunistischer Seite aus „Weihnachtspaziergänge“ durch die Straßen geplant seien. Die Polizei werde mit stärksten Kräften eingreifen, um Ruhestörungen zu vermeiden. Für den Berliner Vorort Bernau ist für die beiden Feiertage Versammlungs- und Demonstrationen verboten. Von Potsdam aus ist eine Abteilung Schutzpolizei für diese Zeit nach Bernau stationiert worden.

Hausdurchsuchungen — Reichswehralarm

Düsseldorf, 24. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)
Alles deutet darauf hin, daß die Polizei während der Weihnachtstage gegen die Kommunisten, über die die tollsten Gerüchte von der bürgerlichen Presse verbreitet werden, Aktionen unternehmen will. Seit einigen Tagen finden Hausdurchsuchungen bei allen bekannten kommunistischen Funktionären statt. Es wird angekündigt, daß gegen die Hungermärsche der Erwerbslosen an den Weihnachtstagen mit härtesten Mitteln eingeschritten wird. Wie wir zuverlässig erfahren, wurde in den Nachbarorten des Niederrheins Reichswehr einquartiert.

Kommunistische Zeitung unter Zensur

Erfurt, 24. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)
Am Freitag wurde die Druckerei unserer Zeitung „Thüringer Volksblatt“ von der Polizei heimgesucht. Der Druck wurde unterbrochen, weil in der Zeitung ein Aufruf der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei erschienen war, der zu Demonstrationen in Nazi-Thüringen aufforderte. Es wurde nachgeprüft, inwieweit die gestrige Nummer strafrechtlich Veranlassung zu Maßnahmen gibt. Durch einen Kommissar wurde der Druck erst nach der Zensur wieder freigegeben. In Gotha wurde die Zeitung von der Freid-Polizei beschlagnahmt wegen einer Beilage „Erwerbslosenecho“ und eines Aufrufes gegen Hunger und Reichsismus, in welchem zu Demonstrationen aufgerufen wurde. Erfurt gehört zu Preußen. Die Polizei Severinas läßt alle 10-Auflage des Naziministers Vorzensur aus.